Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlins: Berlin: M. Cohen. — Breslau: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Gotha: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaar, Adolf Steiner, William Wilkens. — Görlitz: C. Schoenwald. — Mainz: D. Franz. — München: C. Marowski. —

Wien: M. Dukes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 2. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annahme bei der Compagnie générale de Publicité Étrangère, John F. Jones & Cie. in Paris, 31me rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 404. [31. Jahrgang.] **Berlin, Dienstag den 30. August 1892, Abends.** **[31. Jahrgang.] Nr. 404.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfspaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SS, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.**

Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3348. **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. **Fernsprech-Anschluß Amt 8 Nr. 3348.**

Für den Monat **September** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von **M 2,50.** Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 10, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 30. August.

Die schönen Wallungen, deren Nationalliberale und Freisinnige im letzten Frühjahr fähig waren, wenn sie meinten, es möchte doch bald eine Zeit herauffommen, in der sie entweder auf dem Rütli die großen edlen Hände einander schütteln, oder an einem minder romantischen Punkte sich in die Arme sinken und vor Schmerz und Freude weinen könnten, sind in den letzten Wochen vielfach durch eine Stimmung an ihrer Wiederverkehr verhindert worden, welche eher solchen Leuten eigen zu sein pflegt, die geschieden bleiben wollen, nachdem sie einmal geschieden sind. Diese sind in der Wahl ihrer Worte gegeneinander um so weniger wählerisch, je intimer sie früher zusammen standen.

Während die „Nationalliberale Korrespondenz" es als vollkommen kindisch bezeichnet, wenn angesichts der bevorstehenden Steuerreform jetzt einige deutschfreisinnige Blätter die Einführung des allgemeinen gleichen Reichstagswahlrechts für die preußischen Landtagswahlen verlangen und hinzufügt, jene thäten es auch nur, weil sie ganz genau wüßten, daß es ungeheuer billig sei, sich hier wieder einmal in „liberal klingenden Redensarten" Luft zu machen, erinnern die Freisinnigen die „Pseudoliberalen" daran, wie die Letzteren nicht immer der Ansicht waren, daß das Dreiklassenwahlrecht ein „Blümchen, rühr' mich nicht an" sei. Im Jahre 1867, bei Begründung der nationalliberalen Partei hätte diese offen anerkannt, daß auf die Dauer das Reichstagswahlrecht und das Dreiklassenwahlrecht nicht nebeneinander im Reiche und in Preußen existiren könnten und daß Preußen sich dem Reiche werde akkomodiren müssen.

In der Beurtheilung des Werthes der verschiedenen Wahlsysteme ist jetzt nur bei den Nationalliberalen ein wesentlicher Wandel seit 1867 eingetreten, denn es liegt auf der Hand, wer durch das allgemeine direkte Wahlrecht zu einer unverdient ausschlaggebenden Stellung in unserem öffentlichen Leben gelangt ist. Wenn aber die Freisinnigen darauf zu brennen scheinen, an Stelle des „elendesten aller Wahlsysteme" in Preußen das Reichswahlrecht einzuführen — statt sich auf einen minder radikalen Reformstandpunkt zu stellen —, so wird die „volksthümliche" Miene, die sie dabei aufsetzen, höchstens von der sozialdemokratischen Seite, wenn auch nur aus kluger Berechnung, mit einigem Respekt honorirt.

Auf allen übrigen Seiten zieht man mit Recht in Frage, ob Herr Richter einer seiner vornehmsten Qualifikationen, die im Ausrechnen von Wahlstimmen besteht, welche etwa der freisinnigen Partei zufallen könnten, soweit verlustig gegangen sein möchte, um nicht mit Leichtigkeit die Probe auf das Exempel anstellen zu können und sich vollständig klar darüber zu werden, wohin die freisinnige Partei nahezu verschwinden würde, wenn, ebenso wie das Reichstags-, auch das Landtags- und das Kommunalwahlrecht auf eine Basis gestellt würden, von welcher aus die Herren Bebel und Liebknecht unerwartet rasch dazu gelangen dürften, das Ziel ihrer Sehnsucht zu erreichen und jene große Machtfrage aufzuwerfen, für deren Lösung die massenhafte Verbreitung von Richter'schen Gegenschriften gegen die Sozialdemokratischen Zukunftsbilder" nicht mehr in Betracht käme.

Zu Gunsten der unbedingten Konservirung des bestehenden Landtagswahlrechts in alle Ewigkeit einzutreten, liegt auch von unserem Standpunkt aus gewiß kein Anlaß vor. Wie es aber von freisinnigem Standpunkte aus einem Selbstmordversuch gleichkommen scheint, wenn diese Partei das alleinige Heil in der Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in Preußen und in den Gemeinden zu erkennen behauptet, so drängt sich gleichzeitig auch die Frage auf, ob denn die freisinnige Partei überhaupt heute noch existiren möchte, wenn ihr nicht durch das preußische Landtagswahlrecht die Möglichkeit gegeben gewesen wäre, diejenigen Kerntruppen für die Opposition in früherer oder späterer Zeit zu freiren, die doch ebenso wie in der Konfliktszeit auch in den Jahren des Kampfes der Manchesterdemokratie gegen die Vertreter der Sozialreform zum Ruhme der freisinnigen Fahne, ihrer Meinung nach, nicht wenig beigetragen haben.

Der „Pol. Korr." wird aus Berlin, 28. August, geschrieben:

„Die in der letzten Woche über die neue Militärvorlage verbreiteten Nachrichten, namentlich aber die auch denselben gegegenen Schlüsse haben sich in der Hauptsache als unrichtig erwiesen. Die Vorlage ist im Wesentlichen fertiggestellt und wird dem Reichstage zugehen, ob in der bevorstehenden oder erst in der darauf folgenden Session, hängt noch von weiteren Erwägungen ab. Die Behandlung, welche die Frage in einem großen Theile der Presse erfährt, leidet an dem Fehler, daß man jetzt, wie bei früheren ähnlichen Gelegenheiten, nur zu sehr geneigt ist, jede Vermehrung der deutschen Wehrkraft als von einseitig militärischer Liebhaberei eingegeben zu betrachten und die Regierung von vornherein der mangelnden Rücksichtnahme auf die bescheidenen finanziellen Hülfskräfte der Nation zu bezichtigen. In weiterer Folge ergeht man sich dann in Tadel gegen das „freiheitsfeindliche Ueberwuchern des Militarismus" und die ganze Sache hätte sich alsdann zu einer großen parlamentarischen politischen Frage zu, bei der die Opposition sans phrase vielfach als geboten erscheint. Das zeigte sich bei den verschiedenen Septennatsvorlagen, und nur bei der Wehrvorlage im Jahre 1888 zeigte sich eine hochherzige Einmüthigkeit der Parteien. Die Frage der wehrhaften Erhaltung des Deutschen Reiches ist unzweifelhaft eine politische, insofern sie eng mit der auswärtigen Politik zusammenhängt. Und ebenso feststehend ist es für jeden einsichtigen Patrioten, daß es für Deutschland eine absolute Forderung der Selbsterhaltung ist, stets so gerüstet zu sein, um allen auswärtigen Verwickelungen ruhig entgegensehen zu können. Von diesem Allen gemeinsamen Gesichtspunkte ist nun die Frage zu prüfen, ob die Heeresmacht Deutschlands in ihrer jetzigen Verfassung genügt, um angesichts der fortdauernden Neuorganisationen und der Verbesserungen des militärischen Apparats unserer gefährlichsten Nachbaren gegenüber allen Eventualitäten gerüstet zu sein. Es ist eine in den letzten Jahrzehnten leider oft genug gewonnene Erfahrung, daß auf dem Gebiet des Heereswesens das für ausreichend Erkannte in sehr kurzer Zeit antiquirt und unzulänglich erscheint. Diese Fragen bei unserer von militärtechnischen Gesichtspunkte aus erschöpfend beantwortet werden, wie sich auch nur von diesem Standpunkte aus feststellen läßt, in welcher Weise eine eventuell als nöthig erkannte Verstärkung erreicht werden kann. Gänzlich falsch ist es, wenn man aus der maßgebenden Bedeutung, die der militärischen Beurtheilung mit Recht beigelegt wird, den Schluß zieht, daß das Recht des Reichstages, bei Militärfragen in verfassungsmäßiger Weise mit zu entscheiden, irgendwie beeinträchtigt werden soll. Das ist bei diesen Fragen ebenso wenig beabsichtigt, wie bei vielen anderen Aufgaben der Gesetzgebung, für welche dem größeren Theile der Abgeordneten das fachliche Verständniß abgeht. Man darf aber wohl verlangen, daß die zur Mitprüfung und Mitentscheidung berufenen Laien die Bedeutung der technischen Gesichtspunkte gegenüber den dem politischen Standpunkte entspringenden Erwägungen nicht unterschätzen. Es ist daher zu wünschen, daß eine Erörterung der einschlagenden Fragen erst dann eintrete, wenn die Militärvorlage eingebracht und in ihren Details bekannt ist. Man darf das Vertrauen hegen, daß die Regierung die neue Vorlage auf das Reifflichste erwogen hat und daß neben den militärtechnischen Forderungen die finanziellen Gesichtspunkte ihre volle Berücksichtigung gefunden haben. Die Behauptung, daß man sich gegen die zweijährige Dienstzeit für die dreijährige entschieden habe, ist verkehrt. Wir haben de facto keine dreijährige Dienstzeit; es handelt sich überhaupt nicht um die Frage, ob der Mann 36 oder 24 Monate dient, man hat vielmehr das Minimum der Dienstzeit ausfindig zu machen, bei welcher sich neben möglichst hoher Quantität eine möglichst gute Qualität erzielen läßt. Es ist unmöglich, hier durchgehends nach dem Schema zu verfahren, daß der zur Armee ausgehobene Deutsche 730 Tage dient, es wird vielmehr unter Anwendung einer Menge von Modifikationen die Dienstzeit für jede Kategorie zwischen Regierung und Reichstag gegeben werden müssen. Jedenfalls ist das ernste Bestreben vorhanden, die Dienstzeit auf das zweckmäßige Maß zu beschränken. Die Forderung zweijähriger Dienstzeit jedoch ist ein bedenkliches „Schlagwort" geworden, mit dem im Interesse einer unbefangenen Würdigung der Frage unter allen Umständen aufgeräumt werden muß."

Die Zahl der im Etatsjahre 1891/92 anhängig gewordenen Prozesse in Beziehung auf **Wechselstempelsteuer** betrug 2228, die Zahl der erledigten 2192 (gegen 1707 und 2000 in 1890/91). Die Zahl der Berufseilten betrug 4324 (gegen 3982 im Vorjahre); der Betrag der erkannten Geldstrafen belief sich auf 47 155 M (gegen 46 445 M im Vorjahre.)

Rundschau im Auslande.

Nachdem die Berathungen des Weltfriedenskongresses mit dem Schlusse der letzten Woche zu Ende gegangen waren, hat gestern in **Bern** die interparlamentarische Friedenskonferenz ihre Sitzungen begonnen. Aus Deutschland sind 27 Theilnehmer angemeldet; die Namen Rickert, Barth, Baumbach bezeichnen die politische Richtung, welcher dieselben angehören. Es muß zugestanden werden, daß die Traktanden dieser Versammlung keineswegs so nebulos und jedes konkreten Inhalts entbehrend erscheinen, wie dies bei den Expektorationen auf dem „Kongreß" der Fall war. Eine ernsthaft unternommene, immer wieder erneute Untersuchung der Frage, ob für die Organisation und gemeinsame Regelung des politischen Verkehrs zwischen unabhängigen Staaten nicht noch neue Formen gefunden werden können, durch welche Konflikten vorgebeugt oder Differenzen zweckmäßig geschlichtet würden, kann ja nie vom Uebel sein. Mag auch der Werth der parlamentarischen Anträge, welche aus derartigen Erörterungen hervorgehen, oft wesentlich nur darin bestehen, daß durch die Vertreter der Regierungen öffentlich die derzeitige Undurchführbarkeit nachgewiesen wird. Dasselbe gilt von Anträgen, welche darauf abzielen, nach ausgebrochenem Krieg möglichst die Interessen der Humanität zu wahren und den Spielraum der gewaltsamen Aktion, soweit es angeht, einzuschränken. Auch die Leiter der Staaten und der Heere haben ja in zivilisirten Ländern dieses Ziel im Auge. Aber gerade deshalb muß vorbehalten bleiben, daß ihre höhere praktische Einsicht Ausschlag gebend bleibt.

Dem „Friedenskongreß" hat übrigens kurz vor Schluß seiner Sitzungen ein Pole klar genug gemacht, daß seine Beschlüsse leere Redensarten seien. Die „Friedensfreunde" hatten in ihrer Weise auch das Thema der Nationalität berührt, und rasch fertig, wie alle Doktrinaire zu sein pflegen, hatten sie in einem „internationalen Schiedsgericht" die Panacee gefunden, die schwierige Frage der politischen Selbstständigkeit aller Nationalitäten der Welt zu lösen. Da meinte aber der österreichische Reichstagsabgeordnete Benakowski aus Lemberg, ein solches Schiedsgericht müßte den Auftrag erhalten, das „historische Unrecht" der Theilung Polens wieder gut zu machen. Die bloße Hindeutung, daß ein internationales Schiedsgericht doch irgend einen bestimmten Auftrag bekommen müsse, genügte, um den „Friedensfreunden" bange zu machen vor den Verwirrtheiten, die sie sich da aufladen konnten. Wie athmeten sie erleichtert auf, als Frédéric Passy in „schwungvoller, hinreißender Rede" vor der Hereinziehung der störenden Nationalitätenfrage warnte. „Wir haben", sagte er, „nicht Ungerechtigkeiten der Vergangenheit gutzumachen, sondern den Gedanken der Brüderlichkeit und Gerechtigkeit für die Zukunft zu pflegen." (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Der Kongreß votirte schließlich eine Resolution, welche die Nationalitätenfrage einer Kommission überweist. Damit ist sie nun für den Weltfriedenskongreß begraben, für die Welt freilich noch lange nicht.

Nach einer in **Paris** eingetroffenen Meldung aus Carmaux, wo der Ausstand fortdauert, fanden gestern daselbst anläßlich der Verhaftung zweier Grubenarbeiter Ausschreitungen statt. Die zahlreich angesammelte Menge begleitete die zum Bahnhof transportirten Gefangenen und suchte dieselben unter Verhöhnungen der Gendarmen und Hochs auf die soziale Revolution zu befreien.

So spärlich auch die Nachrichten sind, welche über die jüngsten Vorgänge in Zentralafrika Licht zu verbreiten geeignet wären, so ist man doch auch in **Brüssel** genöthigt, zuzugeben, daß die Lage der am Tanganika gegen die arabischen Sklavenjäger kämpfenden Führer der Antisklavereiexpeditionen sehr gefährdet ist. Von allen Seiten abgeschnitten stehen sie der Uebermacht der Araber gegenüber und sind in Gefahr, mit ihren schwachen Truppentheilen vernichtet zu werden. Immitten dieser Schwierigkeiten scheint man in den leitenden Antisklavereikreisen einigermaßen die ruhige Besinnung verloren zu haben. Das offizielle Organ derselben, „Mouvement Antiesclavagiste" schildert heute den Araberaufstand, prüft die Verantwortlichkeiten und Folgen und kommt in dem von dem Grafen von Ursel selbst unterzeichneten Aufsatze zu folgendem Schlusse: „Eine erste Maßnahme drängt sich auf und muß international gefordert werden: die Festnahme und Einsperrung des gegenwärtig sich in Sansibar befindenden Tippu-Tip. Seine Untergebenen haben den Aufstand erregt; es ist elementare Gerechtigkeit, daß das Oberhaupt uns als Geisel dient. Mag er mit seinem Kopfe seine Mitschuld bezahlen, wenn man sie nachweist! Da er auf alle Fälle mindestens eine ungeheure Verantwortlichkeit in diesen traurigen Ereignissen hat, so schuldet er uns für die Zukunft ernsthafte Bürgschaften. Möge fortan seine Person uns dazu dienen, weil seine Versprechungen ein Lügengewebe sind." Noch vor Kurzem überhäuften die Brüsseler Blätter Tippu-Tip und seine Familienangehörigen mit Lobsprüchen wegen ihres Verhaltens gegen den Kongostaat. Aber wenn der einflußreiche Araberhäuptling auch solches Lob nicht verdient haben sollte, wie kann man sich in Brüssel einbilden, daß Herr Gladstone einwilligen sollte, daß er in Sansibar einfach aufgegriffen und als Geisel fortgeschleppt würde?

Das **Wiener „Fremdenblatt"** erklärt sich von kompetenter Seite ermächtigt, die Nachricht über einen angeblich in der letzten Zeit erfolgten Briefwechsel zwischen dem Kaiser Franz Josef und dem Papste als völlig grundlos zu bezeichnen.

Wie aus **Belgrad** berichtet wird, gedenkt die serbische Regierung, da die Skupschtina an dem Wunsche festhält, das Staatsmonopol aufzugeben, eine Fachkommission zur Abgabe ihrer gutachtlichen Ansicht einzuberufen.

Wie der „Köln. Ztg." telegraphirt wird, zeigt sich die Bevölkerung von **Sofia** sehr befriedigt über den Erfolg der bulgarischen Ausstellung. Als Stambulow von der Eröffnungsfeier zurückkehrte, wurde er von der Bevölkerung lebhaft begrüßt und mit Musik zu seiner Wohnung geleitet. Am Sonntag früh fand zum ersten Male eine Parade über drei Divisionen, Infanterie und eine Division Kavallerie mit 102 Geschützen statt. Die Haltung der Truppen, zusammen 16000 Mann, war vorzüglich. Prinz Ferdinand fuhr mit dem Ersten Minister ohne militairisches Geleite nach dem Paradefelde.

Nach einem Telegramm des „New-York Herald" aus Curaçao ist daselbst aus **Venezuela** kommen, aber ganz darauf verzichten kann kein Staat. Ist doch das Leben des Menschen, ja der ganzen Natur ein Kampf des Werdenden gegen das Bestehende, und nicht anders gestaltet sich das Leben der Völkereinheiten. Wer möchte in Abrede stellen, daß jeder Krieg, auch der siegreiche, ein Unglück für das eigene Volk ist, denn kein Landerwerb, keine Milliarden können Menschenleben ersetzen und die Trauer der Familien erleichtern.

Aber wer vermag in dieser Welt sich dem Unglück, wer der Nothwendigkeit zu entziehen? Sind nicht Beide nach Gottes Fügung Bedingungen unseres irdischen Daseins? Nicht den Wallenstein, sondern Mahan nennt unser großer Dichter sprechen:

Der Krieg ist schrecklich wie das Himmels Plagen,
Doch ist er gut, ist ein Geschick wie sie.

Und daß der Krieg auch seine schöne Seite hat, daß er Tugenden zur Entfaltung bringt, die sonst schlummern oder erlöschen würden, kann wohl kaum in Abrede gestellt werden.

Gewiß ist es viel leichter, das Glück des Friedens zu preisen als anzugehen, wie er gewahrt werden soll. Um so viel mehr sich freundenden Interessen der Nationen auszugleichen, ihre Streitigkeiten zu schlichten, somit die Kriege zu verhindern, wollen Sie an Stelle der Diplomatie eine dauernde Versammlung von Auserwählten der Völker. Mehr Vertrauen ist dabei nicht vorhanden, nicht der Einsicht und der Macht der Regierungen selbst. Die Zeit der Kabinetskriege gehört der Vergangenheit an, und es giebt heute schwerlich einen Staatslenker, welcher die schwerwiegende Verantwortung auf sich nimmt, eine Nacht das Schwert zu ziehen. Möchten nur überall die Regierungen stark genug sein, um zum Krieg drängende Leidenschaften der Völker zu beherschen.

Ihr Memorandum betont die besonders tragische Neigung der germanischen Rasse; ich bitte Sie, die Geschichte unseres Jahrhunderts durchzumustern und zu urtheilen, ob von Deutschland die Kriege ausgegangen sind.

Deutschland hat sein Ziel, die Wiedervereinigung, erreicht; es hat nicht die mindeste Veranlassung, auf kriegerische Abenteuer auszuziehen, aber es kann zur Abwehr gezwungen werden und muß darauf vorbereitet sein. Mit Ihnen wünsche ich aufrichtig, daß diese Nothwendigkeit nicht eintreten möge.

Was den Schluß Ihres geehrten Schreibens betrifft, so habe ich durchaus nichts dawider, wenn Sie dasselbe mit meiner Antwort der Oeffentlichkeit übergeben wollen.

Hochachtungsvoll ergebenst
Graf Moltke.

Feldmarschall antwortete, er rathe dringend, Wilhelm nach Wiesbaden zu schicken, dort könne dieser in mildem Klima sich erholen und gleichzeitig seine Gymnasialstudien beenden; er wolle sich seiner annehmen und den Vater aller Sorgen um den Sohn entheben. So geschah es denn auch. In einem Briefe an den Bruder berichtet Helmuth v. Moltke über die Unterbringung des Neffen in Wiesbaden:

Unten in der Stadt angekommen, führte ich Wilhelm in die Spielhölle, welche sehr einladend aussieht. Vor dem Kurhause rauschen zwei prächtige Fontainen im weiten Wasserbassin, welches von zahlreichen Gasflammen ringsum erleuchtet ist. Zu der weiten, von Marmorsäulen getragenen Halle führt die herzogliche Kapelle täglich Konzert aus. Daran stoßen die prachtvoll von Spiegeln und Seide leuchtenden Restaurationssäle, die Lesekabinets, und in vier großen Gemächern die vier grünen Tische, um welche umgiert von Spielern und Zuschauern. Diese Stille herrscht dort. Man hört nur die Kugel des Roulettes in die entscheidenden Fächer fallen und den Klang der Silber- und Goldstücken, welche zumeist von der Kasse des Croupiers erbarmungslos abgeräumt werden. Nachhülfig werden dem Gewinner die Geldstücke zugeschleudert. Alles betrieb sich, gleichgültig zu scheinen, nur die Bank ist es wirklich, der Gewinnes genießt, welchen seinem Lieblingsspiel der Deutschen Theil dieses Oden geschaffen hat: Park, Wasserkünste, selbst Straßen und Eisenbahnen. Der Besuch des Kurhauses ist natürlich den Gymnasiasten aufs Strengste untersagt, und es schien mir gut, die natürliche Neugierde eines jungen Menschen auf erlaubte Weise zu befriedigen. Vor dem Spiel ist er gewarnt. Endlich trafen wir den Professor im Schafpelz in seiner recht gemüthlichen Studirstube. Alles sei bereit zu Wilhelm's Aufnahme, der er wie einen Sohn halten wolle. Er sichert ein gutmüthiges Auge zu. Eine Tochter ist auch da, welche Klavier spielt. Nach den Eltern zu urtheilen, wird sie wohl nicht gefährlich sein.

Aus späteren Briefen an den Neffen, der nun ein junger Offizier war, ist Folgendes charakteristisch:

Berlin, den 7. Dezember 1866. Mein lieber Wilhelm! ... Glaube mir, daß, wer nicht in der Jugend lernt, mit Wenigem auszureichen, der wird auch im Alter mit Vielem nicht fertig ... Nur der ist reich, der seine Umstände verbessert: wer mit neuen großen Einnahmen anfängt und seine Bedürfnisse danach einrichtet, kann relativ arm sein. Es ist für Dich doppelt wichtig, daß Du lernst, guter Wirth zu sein, weil Du voraussichtlich einst die Stütze Deiner Geschwister sein mußt.

Berlin, den 23. Dezember 1866. Mein lieber Wilhelm! Wenn in Zukunft Dir Jemand anbieten sollte, Deine Rechnungen zu bezahlen, ein Fall, der allerdings in Praxis recht selten vorkommt, so möchte ich Dir rathen, ihn nicht vierzehn Tage auf Antwort warten zu lassen. — Es ist aufmerksamer und klüger, dann bald zuzugreifen. Wenn ich zwei Jahre alt bin, kann ich selbst Rechnungen bezahlen, ich habe ich doch sonst mancherlei Geschäfte auf dem Hals und zu unnöthigen Briefen keine Zeit, aber die Wertelstunde zu einem nöthigen hat man unter allen Umständen. Aus Deinem Schreiben, datirt Freitag den 20. (soll heißen den 21.) ersehe ich, daß Du unter den besonderen Umständen dieses Jahr zu kurz gekommen bist, was sich aus den nöthigen Anschaffungen erklären läßt. Außerdem hast Du unnöthig verborgt. Schon Polentzis warnt seinen Sohn, dem Vorger etwas zu leihen, weil mit dem Darleben oftmals er den Freund verliert. Es wäre wohl richtiger gewesen, wenn Du offen erklärt hättest, daß Du gar nicht in der Lage, Anderen mit Geld auszuhelfen, denn gewiß kann man nur auf eigene Kosten sein. Da nun die Lieutenants nicht allzusehr in Gewohnheit sind, geborgtes Geld wieder herauszugeben, aus dem triftigen Grunde, weil sie es nicht haben, so machen beide Posten ganz richtig die genannte Summe ... Wer einen Thaler mehr braucht, als er hat, ist immer ein armer Mann, ganz gleichviel, ob er 400 oder 4000 Thaler Zulage erhält.

Ueber baldige Ehrenschreibt der Feldmarschall an einen seiner Neffen Hoffen:

Creisau, den 22. Oktober 1890. Mein lieber Helmuth! Ich habe Dir das Geld geschickt, damit Du bei Zeiten lernst, mit Geld umzugehen. (Der Großnefe hatte ihn um die rechte Verwendung der monatlich 40 Mark.) Wenn Du von den ganzen Betrag in Deinem Sparkassenbuch anlegtest, so wärest Du ein Geizhals, wenn Du ihn in kurzer Zeit verläppertest, so wärest Du ein Verschwender; das Richtige liegt in der Mitte. Wenn einem Geld geschenkt wird oder später erarbeitet, Du es erst selbst erwerben —, so ist es gerechtfertigt, sich dafür Annehmlichkeit zu gewähren, aber klug, auch etwas für die Zukunft zu ersparen. Wie Du mit diesen 20 Mark verfährst, so wirst Du einst mit größeren Summen wirthschaften. Wer seine Einnahme voll ausgiebt, wird es zu nichts bringen, wer mehr ausgiebt, wird ein Bettler oder ein Schwindler.

Um Zu Tage nach dem Geburtstage v. Moltke's im Jahre 1880 an den Hofprediger Schaubach in Meiningen mitgetheilter Brief hat folgenden Wortlaut:

Berlin, 27. Oktober 1880. Geehrter Herr Hofprediger. Herzlichen Dank für Ihre schönen, von wahrem Gefühl belebten Verse. Ja! voll Mühe und Arbeit sind meine und wohl auch Ihre Lebenswege gewesen. Ich stehe nahe am Ende der meinigen. Aber welcher ganz andere Maßstab als hier wird in einer künftigen Welt an unser irdisches Wirken gelegt werden. Nicht der Glanz des Erfolges, sondern die Lauterkeit des Strebens und das treue Beharren in der Pflicht, auch da, wo das Ergebniß kaum in die äußere Erscheinung trat, wird den Wert eines Menschenlebens entscheiden. Welche merkwürdige Umrangirung von hoch und niedrig wird bei der großen Musterung vor sich gehen. Wissen wir doch selbst nicht, was wir uns, was wir Anderen oder einem höheren Willen zuzuschreiben haben. Es wird auf Seit, in erfterer Beziehung nicht zuviel in Rechnung zu stellen.

Auf einen Brief des Pastors Baumann, Vertreters der Evangelischen Allianz, erfolgte nachstehende, die religiöse Denkungsart des Feldmarschalls kharakterisirende Antwort:

Creisau, den 10. Mai 1878. Hochgeehrter Herr Pastor! Dem Bestreben, die verschiedenen Abtheilungen der evangelischen Kirche auf einem gemeinsamen Boden zu versammeln, kann ich nur volle Anerkennung zollen, bedürfte aber, daß das Buch die gütigst mitgetheilten neuen Lehrpunkte des Evangelischen Bundes scharf umgrenzte Gebiet dafür zu eng fein wird. Die Zahl derer ist groß, welche die Wahrheit redlich suchen, aber nicht zu der Erkenntniß gelangt sind, welche die Statuten als die ausschließlich richtige bezeichnen und die für einen evangelischen Geistlichen gewiß der korrekte Standpunkt ist. Es sind nicht Leugner und Zweifler die, wenn sie ehrlich gegen sich selbst sein wollen, nicht behaupten können, daß jene Punkte ihre wahre Ueberzeugung bilden. Ich selbst gehöre zu diesen, und muß daher ablehnen, in das Komite des Deutschen Zweiges des Evangelischen Bundes einzutreten. Indem ich meinen aufrichtigsten Dank für das in mich gesetzte Vertrauen ausspreche, verharre ich mit besonderer Hochachtung Euer Hochwürden ergebenster Graf Moltke.

Betreffend die Idee des ewigen Friedens erwiderte Graf Moltke auf ein Schreiben, das ein Herr Goubareff in diesem Sinne an ihn gerichtet hatte:

Berlin, den 10. Februar 1881.

Geehrter Herr!

Sie haben die Güte gehabt, mir ein Memorandum zu übersenden, in welchem Sie Ihre Gedanken entwickeln über die ernsten Fragen, welche die Gegenwart bewegen, und ergehen mir die Ehre, meine Ansicht darüber zu fordern.

Ich muß mich beschränken, auf Ihre Anschauung über den Krieg von meinem Standpunkt aus zu antworten.

Sie erklären den Krieg bedingungslos für ein Verbrechen, wenn auch ein in Versen besungenes; ich halte ihn für ein letztes, aber vollkommen gerechtfertigtes Mittel, das Bestehen, die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates zu behaupten.

Hoffentlich wird dies letzte Mittel bei fortschreitender Kultur immer seltener in Anwendung